

SmF-Bundesverband – Luxemburger Str. 181-183 – 50939 Köln

Bundeskanzler
Herr Friedrich Merz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Anschrift:

Luxemburger Str. 181-183
50939 Köln

Telefon: + 49 221 789 97 380

E-Mail: a.kilicarslan@smf-verband.de

Ansprechpartnerin:

Frau Ayten Kılıçarslan

Köln, 12.05.2025

Offener Brief an den Bundeskanzler und das Bundeskabinett

Antirassismus darf nicht zur Randnotiz werden – muslimische Wohlfahrt stärken, Diskriminierung wirksam bekämpfen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrte Mitglieder des Bundeskabinetts,

mit großer Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, dass zentrale Zuständigkeiten im Bereich Antirassismus in der neuen Bundesregierung an Sichtbarkeit und politischer Verankerung verlieren. Das eigenständige Amt der Beauftragten für Antirassismus wurde abgeschafft, ohne dass eine Nachfolge benannt oder ein struktureller Ersatz geschaffen wurde. Auch die dringend notwendige Bekämpfung antimuslimischer Diskriminierung findet aktuell kaum erkennbare Berücksichtigung in der Regierungsarbeit.

Als Sozialdienst muslimischer Frauen (SmF), ein bundesweit tätiger muslimischer Wohlfahrtsverband, vertreten wir Perspektiven, Erfahrungen und Bedarfe von Muslim*innen – insbesondere von Frauen – in Deutschland. Aus dieser Verantwortung heraus fordern wir von der Bundesregierung eine klare Haltung sowie konkrete Maßnahmen gegen Rassismus und zur Stärkung muslimischer Strukturen.

Unsere zentralen Anliegen:

1. Antimuslimischen Rassismus konsequent benennen und bekämpfen

Antimuslimischer Rassismus ist eine Realität – im Netz, auf der Straße, im Bildungs- und Arbeitskontext sowie in staatlichen Einrichtungen. Besonders muslimische Frauen mit Kopftuch sind überdurchschnittlich betroffen. Die Anschläge in Hanau, Halle und München zeigen, dass islamfeindlicher Hass tödlich sein kann.

Wir fordern die umgehende Umsetzung der Empfehlungen des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit, die Stärkung der Deutschen Islam Konferenz (DIK) als dauerhafte Plattform und ein klares Bekenntnis der Bundesregierung gegen jede Form islamfeindlicher Ausgrenzung. Zudem bedarf es der Abschaffung diskriminierender Kleidungsverbote, die gezielt muslimische Frauen betreffen.

2. Muslimische Wohlfahrtsstrukturen nachhaltig stärken

Muslimische Träger leisten unverzichtbare Arbeit in der sozialen Infrastruktur – in der Kinder- und Jugendhilfe, Altenhilfe, Bildungs- und Gesundheitsarbeit. Dennoch sind sie strukturell benachteiligt. Förderprogramme sind oft zeitlich befristet, Zugänge kompliziert und institutionelle Gleichstellung nicht gegeben.

Wir fordern:

- Die strukturelle und langfristige Förderung muslimischer Wohlfahrtsorganisationen
- Den Abbau von Hürden in Antragsverfahren
- Die Gleichstellung muslimischer Träger im Wohlfahrtssystem
- Die Verstetigung und den Ausbau bestehender Modellförderungen

Diese Maßnahmen dienen der Wahlfreiheit, Sichtbarkeit und gleichberechtigten Teilhabe – zentrale Prinzipien unseres demokratischen Gemeinwesens.

3. Antidiskriminierungsrecht wirksam reformieren

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schützt nicht ausreichend vor struktureller Diskriminierung – insbesondere nicht in staatlichen Institutionen. Wir unterstützen daher die Forderungen zahlreicher Fachstellen und fordern eine:

- Ausweitung des AGG auf den öffentlichen Sektor
- gesetzliche Verankerung zielgruppenspezifischer Antidiskriminierungsberatung
- Einbindung muslimischer und migrantischer Selbstorganisationen in Antidiskriminierungsstrukturen auf Bundes- und Landesebene

Unser Appell

Muslim/innen bilden nach Christ*innen die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland. Ihre Perspektiven müssen in der Antirassismusbearbeitung, der Wohlfahrtsförderung und der politischen Teilhabe sichtbar und wirksam einbezogen werden.

Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit müssen mit gleicher Konsequenz bekämpft werden.

Wir fordern von der Bundesregierung eine offene Kommunikation ihrer Antidiskriminierungsstrategie, die aktive Einbindung muslimischer Akteure sowie politische Klarheit und Verlässlichkeit. Vertrauen entsteht nicht durch symbolische Gesten, sondern durch spürbare, langfristig angelegte Maßnahmen.

Als SmF stehen wir für Austausch, Expertise und Mitgestaltung bereit – gemeinsam für eine vielfältige, gerechte und solidarische Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen



Ayten Kılıçarslan
Bundesvorsitzende
Sozialdienst muslimischer Frauen e. V. (SmF-Bundesverband)

Anlage 1

Pressemitteilung

Antirassismus darf nicht zur Randnotiz werden – SmF-Bundesverband fordert klare Haltung von der Bundesregierung

Köln, 12. Mai 2025

Mit großer Sorge nehmen zahlreiche muslimische Organisationen und engagierte Bürger*innen zur Kenntnis, dass das Thema Antirassismus in der neuen Bundesregierung offenbar an Sichtbarkeit verliert. Das eigenständige Amt der Beauftragten für Antirassismus wurde abgeschafft, ohne dass eine Nachfolge benannt oder ein strukturierter Ersatz geschaffen wurde. Auch Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus scheinen aktuell keine erkennbare politische Priorität zu genießen.

„Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit müssen mit gleicher Entschlossenheit bekämpft werden. Es darf keinen Wettbewerb um Aufmerksamkeit geben – gefragt ist eine geeinte Haltung gegen Hass und Ausgrenzung in all ihren Formen“, so Ayten Kılıçarslan, Bundesvorsitzende des Sozialdienst muslimischer Frauen (SmF-Bundesverband), einem bundesweit aktiven muslimischen Wohlfahrtsverband.

Bereits seit Jahren ist eine Zunahme von Spannungen und Ausgrenzungserfahrungen zu beobachten – besonders für muslimische Menschen in Deutschland. Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftliche Akteure warnen seit langem davor, dass die berechnete Sensibilität gegenüber Antisemitismus nicht dazu führen darf, andere Formen von Rassismus zu relativieren oder aus dem Blick zu verlieren.

„Unsere offene, vielfältige Gesellschaft ist das Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Wer sie schützen will, muss alle ihre Mitglieder gleichermaßen vor Diskriminierung bewahren. Das erwarten auch die Millionen Menschen muslimischen Glaubens, die in Deutschland leben, arbeiten und sich engagieren“, betont Kılıçarslan weiter.

Muslim*innen bilden nach Christ*innen die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland. Die im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz unter der damaligen CDU-SPD-Regierung angestoßenen Prozesse zum Aufbau eigenständiger muslimischer Wohlfahrtsstrukturen müssen als strukturelle Maßnahmen konsequent weitergeführt, finanziell abgesichert und nachhaltig verstetigt werden – im Sinne echter Wahlfreiheit, subsidiärer Verantwortung und gleichberechtigter Teilhabe. Bestehende Förderprogramme müssen ausgebaut und langfristig angelegt werden, um muslimisches Engagement in sozialen, gesundheitlichen und bildungsbezogenen Bereichen sichtbar und wirksam zu verankern. Diese Strukturen verdienen nicht nur gesellschaftliche Anerkennung, sondern benötigen gezielte politische Stärkung, um ihre tragende Rolle im Wohlfahrtssystem ausbauen zu können.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, ihre Strategie zur Bekämpfung von Diskriminierung – insbesondere rassistischer Diskriminierung – klar und öffentlich nachvollziehbar zu kommunizieren. Vertrauen entsteht durch Transparenz, Verlässlichkeit und eine erkennbare Haltung. Dazu gehört auch, muslimische Perspektiven konsequent mitzudenken.

Anlage 2

Forderungen des SmF-Bundesverbands für eine gerechte und vielfältige Gesellschaft
Stand: 12 Mai 2025

Einleitung

Als muslimische Wohlfahrtsorganisation wenden wir uns an die Bundesregierung, um die Stimmen der muslimischen Bevölkerung hörbar zu machen. Wir fordern, als gleichberechtigte Bürger*innen anerkannt zu werden und auf strukturelle Benachteiligungen hinzuweisen, die unsere Gesellschaft spalten. Demokratie lebt vom Engagement ihrer Zivilgesellschaft – wir sind Teil der Lösung und bringen unsere Erfahrungen, Bedarfe und Vorschläge aktiv in die Politik ein.

Unsere Forderungen zielen darauf ab, strukturelle Ungleichheiten zu beheben, Diskriminierung zu bekämpfen, Teilhabe zu ermöglichen und muslimisches Engagement in der Wohlfahrt und Gesellschaft sichtbar zu machen.

1. Muslimische Wohlfahrt stärken – Wahlfreiheit sichern Muslimische Wohlfahrtsorganisationen leisten wertvolle Arbeit in der sozialen Integration. Dennoch fehlen ihnen langfristige Förderstrukturen. Wir fordern:

- die gezielte Unterstützung muslimischer Träger im sozialen Bereich,
- die Aufnahme in Regelförderstrukturen,
- den Abbau von Hürden in der Antragsstellung,
- besonders in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Altenhilfe und Empowerment.

2. Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser in muslimischer Trägerschaft fördern Muslimische Frauen finden oft keine passgenauen Anlaufstellen in bestehenden Angeboten. Wir fordern:

- die Einbindung muslimischer Frauenorganisationen in das Hilfesystem,
- die Anerkennung und Förderung muslimischer Träger für Frauenhäuser und Beratungsstellen,
- den Ausbau kultursensibler, mehrsprachiger Angebote.

3. Gleichstellung der Geschlechter vorantreiben Strukturelle Benachteiligungen bestehen fort, besonders für muslimische und migrantische Frauen. Wir fordern:

- gezielte Förderprogramme zur Stärkung von Teilhabe,
- Sichtbarkeit muslimischer Frauen in Politik, Wirtschaft und Öffentlichem Dienst,
- Stärkung muslimischer Frauenorganisationen,
- Beteiligung von Männern und Vätern an Sorgearbeit durch zielgruppenspezifische Programme.

4. Antimuslimischen Rassismus bekämpfen Antimuslimischer Rassismus nimmt zu und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir fordern:

- die Umsetzung der Empfehlungen des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit,
- die Abschaffung diskriminierender Bekleidungsverbote,
- den Ausbau und die Verstärkung der Deutschen Islam Konferenz (DIK),



- klare staatliche Positionierung gegen Islamfeindlichkeit.

5. AGG-Reform – Antidiskriminierung stärken Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz weist Lücken auf. Wir fordern:

- die Ausweitung des AGG auf öffentliche Institutionen,
- gesetzlich verankerte, zielgruppenspezifische Beratungsstellen,
- die aktive Einbindung muslimischer und migrantischer Selbstorganisationen.

6. Bildungsgerechtigkeit fördern – Diskriminierung in Schulen bekämpfen Bildung ist Schlüssel zur Teilhabe. Doch viele Kinder erleben Benachteiligung. Wir fordern:

- die Förderung von Mehrsprachigkeit und kultureller Vielfalt im Bildungssystem,
- vielfältige Lehrkräfte,
- diskriminierungskritische Lehrpläne,
- Stärkung politischer Bildung.

7. Demokratie schützen und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken Rassismus und Rechtsradikalismus bedrohen das Zusammenleben. Wir fordern:

- entschlossene Maßnahmen gegen Hass, Hetze und Desinformation,
- politische Bildung für alle,
- niedrigschwellige Angebote für Frauen, Jugendliche und neue Bürger*innen durch nahbare Träger.

8. Sozialen Wohnungsbau ausbauen – Isolation verhindern Bezahlbarer Wohnraum ist Voraussetzung für Integration. Wir fordern:

- Stärkung des sozialen Wohnungsbaus,
- Berücksichtigung der Bedarfe von Mehrgenerationenhaushalten und Familien,
- gezielte Nutzung leerstehender Immobilien für soziale Zwecke,
- diskriminierungssensible Wohnraumvergabe.

9. Zugang zu Integrationskursen erleichtern Sprach- und Orientierungskurse sind zentral für Teilhabe. Wir fordern:

- vereinfachten Zugang,
- Zulassung weiterer Träger – insbesondere in ländlichen Regionen,
- Anerkennung muslimischer Träger in der Integrationsarbeit,
- Ausbau digitaler Angebote.

10. Ehrenamt stärken – Zusammenhalt fördern Muslimisches Engagement trägt zur Stärkung der Zivilgesellschaft bei. Wir fordern:

- Weiterführende Förderung von Programmen wie "Menschen stärken Menschen",
- Anerkennung migrantischer Selbstorganisationen,
- Erhöhung der steuerfreien Aufwandsentschädigungen.

11. Gesundheitsversorgung verbessern – Vielfalt anerkennen Diskriminierung im Gesundheitswesen beeinträchtigt Versorgung. Wir fordern:

- diversitätsbewusste medizinische Angebote,
- Anerkennung ausländischer Abschlüsse zur Fachkräftegewinnung,



- Zugang zu Verhütung unabhängig vom Einkommen,
- sexualpädagogische Zielgruppenarbeit.

12. Schwangerschaftsberatung für alle sicherstellen Beratung muss plural und niedrigschwellig gestaltet sein. Wir fordern:

- Einbindung muslimischer Träger in die Beratungslandschaft,
- Förderung religionssensibler Angebote.

13. FGM/C-Betroffene besser schützen und versorgen Frauen, die von Genitalverstümmelung und Beschneidung betroffen sind, brauchen spezialisierte Versorgung. Wir fordern:

- Anerkennung von FGM/C-bedingten Schäden als Pflegebedarf,
- Einbindung spezialisierter Ärzt*innen in Asylverfahren,
- Finanzierung rekonstruktiver Eingriffe,
- Ausbau und flächendeckende Finanzierung von Fachzentren,
- FGM/C als eigenständiger Asylgrund anzuerkennen.

Schlussbemerkung

Die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit verlangen nach starken Allianzen und fairer Teilhabe. Muslimische Selbstorganisationen sind keine Randakteure, sondern gestalten aktiv mit. Unsere Forderungen stehen für ein demokratisches, gerechtes und vielfältiges Deutschland.

Wir laden Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ein, gemeinsam mit uns konkrete Schritte zur Umsetzung zu gehen.